



BLICKPUNKT WAHLKREIS 43



Gudrun Pieper MdB

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

beherrschendes Thema der Plenarsitzung war das Thema Flüchtlingsunterbringung. In der Debatte um eine geordnete Unterbringung wurde deutlich, dass die Hauptlast bei der Unterbringung der Flüchtlinge auf die Kommunen abgewälzt wird. Dabei sind die Kapazitäten bereits am Limit angekommen und auch die vielen ehrenamtlich Tätigen an ihre Belastungsgrenzen gelangt. Eine spürbare Entlastung seitens der Landesregierung ist nicht zu vernehmen. Im Gegenteil: Der SPD Landtagsabgeordnete Ulrich Watermann warf während der Debatte den Kommunen sogar vor, dass sie wenig dazu beitragen würden. Eine Unverschämtheit. Der Innenminister hat sich dafür entschuldigt – und das war gut so!

Was sonst noch geschah?

Lesen Sie meinen Blickpunkt.

Herzlichst Ihre

TERMINAUSZUG

16.11.2016	WALSRODE
STIFTUNGSRAT KSK	
27.-28.11.2016	SCHARNEBECK
KLAUSURTAGUNG	
30.11.2016	HANNOVER
FEIERLICHKEITEN 60 JAHRE BUNDESWEHR	
02.12.2016	WIETZENDORF
PODIUMSDISKUSSION WOLF	
07.12.2016	HANNOVER
RICHTFEST LANDTAG	
11.12.2016	BAD FALLINGBOSTEL
KREISTAG	
14.12.-17.12.2015	HANNOVER
PLENUM	

V.i.S.d.P.

Gudrun Pieper Kristin Kühling
Hauptstraße 9, 29690 Schwarmstedt

Tel.: (05071) 800 25 25
info@gudrunpieper.de

Goldenstedter Wolf muss entnommen werden

In der aktuellen Stunde zum Goldenstedter Wolf ist aus Sicht meines CDU-Landtagskollegen Ernst-Ingolf Angermann deutlich geworden, dass Minister Wenzel die Probleme, die die Rückkehr des Wolfes nach Niedersachsen mit sich bringt, weiter ignoriert. „Wenn die Akzeptanz für den Wolf in unserer Kulturlandschaft erhalten bleiben soll, muss bei diesem Einzeltier konsequent gehandelt werden. Der Goldenstedter Wolf muss umgehend entnommen werden“, so Angermann.

Wie existenzgefährdend

die Situation für die Besitzer von Weidetieren geworden ist, zeigte auch die Demonstration betroffener Tierhalter vor dem provisorischen Plenum des Landtages. Neben Bildmaterial von den gerissenen Tieren machten die Tierhalter in den persönlichen Gesprächen deutlich, dass ihre Existenzen bedroht sind. Dabei sollte Umweltminister Wenzel eine Resolution mit den Forderungen überreicht werden, den Goldenstedter Wolf sofort zu entnehmen und die Entschädigungen für Nutztierrisse durch den Wolf, unabhängig von betrieblichen Fördermittelhöchstgrenzen, zu zahlen. **Der Minister verweigerte jedoch das Gespräch mit den Tierhaltern.**



Dass der Umweltminister nicht bereit ist, sich mit den Betroffenen auseinanderzusetzen empfinden die Tierhalter und wir skandalös. Wenzel muss in diesem speziellen Fall endlich seine Verantwortung annehmen und ein deutliches Zeichen setzen. Ein Wolf, der über 100 Tiere gerissen hat und vor dem selbst 1,40 Meter hohe Zäune keinen Schutz mehr bieten, ist nicht mehr tragbar. Wir sind der

Meinung, dass der Schutz der Weidetiere und die wirtschaftlichen Interessen der Tierhalter höher wiegen, als der Schutz **dieses einzelnen** Wolfes. Um eine Entnahme des Wolfes

vornehmen zu können, muss ein entsprechendes Wolfskonzept angeordnet werden. Dazu muss eine erfahrene, fachkundige Person dazu von der zuständigen unteren Naturschutzbehörde beauftragt werden. Das kann unter bestimmten Umständen auch ein Jäger/ eine Jägerin sein, wenn er/sie über die erforderliche spezifische Kompetenz verfügt. Diese Maßnahme hat aber nichts mit "Jagd" zu tun, sondern ist eine **Managementmaßnahme des Artenschutzes**. Sie bezieht sich auf die kontrollierte Entfernung eines bestimmten Tieres, das ein Problem für die Sicherheit der Menschen, dem Schutz der Haustiere oder dem Erhalt der Wolfspopulation darstellt. Und der Goldenstedter Wolf ist ein Problemtier!

PLENUM IN KÜRZE

Für geordnete Asylverfahren: Rot-Grün muss endlich zu pragmatischen Lösungen kommen

In der Flüchtlingsdebatte haben wir die Regierung Weil aufgefordert, sich entschiedener dafür einzusetzen, dass „mehr Ordnung und Steuerung“ in die Asylverfahren kommt: „Wir müssen schnell zu sinkenden Flüchtlingszahlen gelangen. Die Kommunen und ehrenamtlichen Helfer brauchen endlich eine Verschnaufpause“, so unser CDU Fraktionsvorsitzender Björn Thümler. Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, dem die rot-grüne Landesregierung im Bundesrat die Zustimmung verweigerte, sind die ersten notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation getroffen worden. „Verfahren von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsländern werden durch das Gesetz beschleunigt - wenn es denn auch angewendet wird. Die SPD muss sich endlich gegen ihren grünen Koalitionspartner durchsetzen und die Grundlagen für die rechtsstaatlich gebotenen Rückführungen schaffen. Die fortgesetzte Weigerung, abgelehnte Asylbewerber aus Niedersachsen abzuschieben, belastet unnötig die Kommunen und untergräbt das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat.“

Die CDU-Fraktion erwartet, dass die Regierung Weil die Gesetzesänderungen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik im Bundesrat künftig unterstützen werde. „Ministerpräsident Weil hat die Beschlüsse des jüngsten Flüchtlingsgipfels auf Bundesebene wieder einmal uneingeschränkt begrüßt. Daran muss er sich bei den kommenden Abstimmungen im Bundesrat messen lassen. Lassen ihn die Grünen erneut hängen, wird Niedersachsen in der Runde der Bundesländer endgültig als unzuverlässig gelten.“

Damit alle Landtagsabgeordneten über die Entwicklungen der Flüchtlingssituation in Niedersachsen informiert sind, forderte Thümler eine regelmäßige und proaktive Unterrichtung durch die Landesregierung. „Nur ein detaillierter und transparenter

Gesamtüberblick gibt uns die Möglichkeit, zu beurteilen, was in der Asylpolitik gut läuft und was besser werden muss. Je eher sich Rot-Grün von seinen ideologischen Träumereien verabschiedet und in der Wirklichkeit ankommt, desto schneller werden wir in Niedersachsen zu einer pragmatischen Flüchtlingspolitik gelangen“, so Thümler abschließend.

Stundenausfall belastet Niedersachsens Schulen

*Kultusministerin muss umgehend Konzept zur Sicherung der
Unterrichtsversorgung vorlegen*

Unser schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, hat die Kultusministerin im Rahmen der Aktuellen Stunde aufgefordert, umgehend ein Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung vorzulegen. „Die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen ist mit derzeit durchschnittlich 99 Prozent auf einem historischen Tiefstand. So viel Unterricht wie im Moment ist in den letzten zehn Jahren nicht ausgefallen“, kritisierte Seefried. „Die Verantwortung dafür trägt allein die Kultusministerin mit ihrer verfehlten Schulpolitik.“

Besonders betroffen sind die Gymnasien. Ursache für den hohen Stundenausfall ist neben der falschen Entscheidung zur Lehrermehrarbeit und dem damit verbundenen Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg auch die zu geringe Zahl der Neueinstellungen an den Gymnasien. „Wir brauchen in Niedersachsen wieder eine Unterrichtsversorgung von mindestens 100 Prozent. Die Ministerin muss jetzt vor allem den Gymnasien helfen. Nach dem Konflikt mit den Lehrern über die Mehrarbeit und mit den Schülern wegen des Klassenfahrboykotts kann es sich Heiligenstadt nicht leisten, jetzt auch noch Streit mit den Elternvertretern anzufangen,“ so Seefried. Geradezu abenteuerlich ist die Behauptung der SPD, dass die Flüchtlinge schuld an der niedrigen Unterrichtsversorgung an den Gymnasien seien.

Zu wenig Anreize beim sozialen Wohnungsbau

Unser sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Max Matthiesen, wirft der Landesregierung vor, nicht genug Anreize für den sozialen Wohnungsbau für kleine und mittlere Einkommen zu schaffen. „Die Aussage der Sozialministerin, man habe ‚alles getan‘ spricht den Tatsachen Hohn. Es ist nicht erkennbar, wie Rot-Grün mit den aktuellen Förderprogrammen den geschätzten Bedarf von 20.000 günstigen Wohnungen allein in diesem Jahr erreichen will. Denn das 400-Millionen-Euro-Programm der Landesregierung wird nur unzureichend angenommen - Förderanträge liegen kaum vor.“

Bis jetzt sind ausschließlich Bundesmittel und NBank-Kredite aber kein einziger Cent Landesmittel in die Wohnbauförderung geflossen. „Es wird Zeit, dass die Sozialministerin endlich handelt, anstatt sich weiterhin mit fremden Federn zu schmücken“, sagte Matthiesen. Die CDU-Fraktion hat schon vor dem massiven Anstieg der Flüchtlingszahlen mit einem 500 Millionen-Euro-Sofortprogramm mehr Mittel, speziell für bezahlbaren Wohnraum gefordert. Matthiesen erneuerte die CDU-Forderung, Baustandards abzusenken, um so schnell wie möglich ausreichenden Wohnraum zu schaffen. „Dabei geht uns eindeutig nicht darum, die Wohnqualität zu senken, sondern schnell auf die benötigten Stückzahlen zu kommen.“

Rot-Grün müsse sich der Tatsache stellen, dass zinslose Darlehen keinen ausreichenden Anreiz für den sozialen Wohnungsbau darstellen. „Erfahrungswerte zeigen, dass Zuschüsse verbunden mit Sonderabschreibungen das Gebot der Stunde sein müssen. Bereits Ende der achtziger und neunziger Jahre konnten mit Hilfe eines einzigen Jahresprogramms des Landes Niedersachsen 30.000 neue Wohnungen geschaffen werden.“ Auf diesem Weg würden sich neben den großen Wohnungsbaugesellschaften auch andere Bauherren für den sozialen Wohnungsbau finden, ist sich der CDU-Sozialexperte sicher.

BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT

Sondertreffen zu Flüchtlingsströmen entlang der Westbalkanroute

An dem außergewöhnlichen Treffen am 25.10. in Brüssel nahmen zehn EU-Mitgliedstaaten (Bulgarien, Kroatien, Slowenien, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Deutschland, Österreich, Luxemburg, Niederlande), drei Nicht-EU-Mitgliedstaaten (Albanien, Serbien und Mazedonien), FRONTEX (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union), EASO (European Asylum Support Office) und UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen) teil. Ein „Gipfel“ in ungewöhnlichem Format, der von Kommissionspräsident Claude Juncker auf Wunsch von Angela Merkel angesichts der sich zuspitzenden Flüchtlingskrise entlang der Westbalkanroute kurzfristig einberufen wurde. Bei dem Sondertreffen verpflichteten sich die anwesenden Staats- und Regierungschefs und der Hohe Flüchtlingsbeauftragte der UNO in einer gemeinsamen Erklärung zu einer Reihe von kurzfristigen und mittelfristigen Maßnahmen. Einig in dem Ziel, das Leid der Flüchtlinge zu lindern, überforderte Staaten solidarisch zu entlasten, die Genfer Flüchtlingskonvention und EU-Recht einzuhalten, die Krise durch Zusammenarbeit zu meistern und zu einem zügigen geordneten Management der Krise zu kommen, wurden im Kern folgende Verpflichtungen eingegangen:

1. Informationsaustausch und Koordinierung

Durch ständigen / täglichen Informationsaustausch und Koordinierung mit der Kommission und untereinander soll graduell die Kontrolle über die Flüchtlingsströme auf der Westbalkanroute zurückgewonnen werden. Alle betroffenen Länder werden hierzu dem Kabinett des Präsidenten der Kommission innerhalb von 24 Stunden eine Kontaktperson nennen. Innerhalb von 24 Stunden soll der gemeinsam ermittelte Bedarf an Hilfsgütern und finanziellen Mitteln gemeldet werden, insbesondere zur Bereitstellung von Unterkünften und Erstbetreuung sowie für die Organisation

von Rückführungen. Zusammen mit der Kommission werden auch alle europäischen und internationalen finanziellen Hilfsmöglichkeiten ausgelotet. Das „Durchwinken“ von Flüchtlingen, ohne den Nachbarstaat über dort zu erwartende Flüchtlingszahlen zu informieren, wurde als „inakzeptabel“ bezeichnet.

2. Unterkunft

Insgesamt werden 100.000 neue zusätzliche Unterkunftsplätze geschaffen, 50.000 in Griechenland und 50.000 entlang der Westbalkanroute. Die Unterkünfte sollen eine menschliche Behandlung sicherstellen, d.h. Flüchtlinge und Migranten erhalten dort Nahrung, Sanitäreinrichtungen, Wasser und Schlafmöglichkeiten. Wenn ein Staat entlang der Westbalkanroute nicht in der Lage ist, die erforderlichen Kapazitäten selbst bereit zu stellen, soll der Bedarf der Kommission umgehend gemeldet werden und ggfs. kann der Europäische Zivilschutzmechanismus angerufen werden. Der UNHCR unterstützt die Balkanstaaten, insbesondere bei der Erstaufnahme und bei der Versorgung. Griechenland hat sich bereit erklärt, bis Jahresende 30.000 Erstaufnahmeplätze bereit zu stellen, davon 7.000 auf den Inseln. Mit Hilfe des UNHCR und der Zivilgesellschaft sollen mindestens 20.000 weitere Plätze für besonders Schutzbedürftige geschaffen werden. Die Kapazitäten in Griechenland sind gerade im Hinblick auf die Umsiedlung dringend erforderlich. Innerhalb von einer Woche wird die Kommission eine Konferenz mit den internationalen Finanzinstitutionen zur Koordinierung der Hilfen für die Unterkünfte einberufen.

3. Gemeinsames Flüchtlingsmanagement

Gemeinsames Ziel ist die vollständige Registrierung aller Flüchtlinge und Migranten mit der klaren Ansage Junckers in der anschließenden Pressekonzferenz: Keine Registrierung, keine Ansprüche! Die Anstrengungen zum Aufbau von Kapazitäten, um Flüchtlinge umzusiedeln oder ggfs. „in vollem Respekt ihrer Würde und Menschenrechte“ zurückzuführen, werden erhöht. In Zusammenarbeit mit Kom-

mission und FRONTEX sollen die Probleme bei der Umsetzung der Rückübernahmeabkommen gelöst und wo nötig weitere Rückübernahmeabkommen geschlossen werden. Die Kooperation mit Afghanistan, Bangladesch und Pakistan werden in diesem Kontext verstärkt.

4. Grenzmanagement

Gemeinsam wollen die betroffenen Länder die Kontrolle über die Grenzen zurückgewinnen und ihre Aktionen als „Partner in dieser Region“ untereinander koordinieren. Sie unterstützen dazu die folgenden, in den zuständigen Gremien noch zu treffenden Maßnahmen, wie Vereinbarung und Umsetzung des EU-Türkei-Aktionsplanes, Umsetzung des Rückübernahmeabkommens mit der Türkei und Roadmap für Visa-Liberalisierung, FRONTEX-Hilfe für Griechenland im Hinblick auf die Registrierung und Fingerabdrücke, FRONTEX Hilfe an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei, FRONTEX Hilfe für Griechenland zur Registrierung bereits im Land befindlicher Flüchtlinge, Vertrauensbildenden grenzbezogene Maßnahmen zwischen Griechenland und Mazedonien, Überwachung der Grenzübertreite an der serbisch-kroatischen Grenze sowie Bereitstellung von 400 Grenzpolizisten für Slowenien. Im wöchentlichen Rhythmus wird über das Netz der Kontaktstellen festgestellt, inwieweit Fortschritte bei der Umsetzung dieser Verpflichtungen erzielt worden sind.

EU-weiter Bankenstresstest 2016

39 Banken im gemeinsamen Währungsgebiet nehmen im kommenden Jahr an dem von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) durchgeführten Stresstest teil, wie die EZB am 05.11. mitgeteilt hat. Hierzu gehören zehn Institute aus Deutschland. In Niedersachsen nehmen die Nord/LB und die Volkswagen Financial Services AG teil. Insgesamt werden 53 Institute europaweit untersucht. Die Resultate des im Februar 2016 beginnenden Stresstests sollen zu Beginn des dritten Quartals 2016 bekannt gegeben werden.

UNTERWEGS IM UND FÜR DEN WAHLKREIS

Besuch der Notunterkunft Bad Fallingbostel



Mit meinen Landtagskollegen Ansgar Focke, Lutz Winkelmann, Fraktionschef Björn Thümler und Editha Lorberg (v.l.) in Oerbke.

Auf meine Einladung habe ich mit unserem Fraktionsvorsitzenden Björn Thümler sowie der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Editha Lorberg, dem migrationspolitischen Sprecher Ansgar Focke und dem Landtagsabgeordneten Lutz Winkelmann die Flüchtlings-Notunterkünfte in den ehemaligen Camps Fallingbostel und Oerbke.

Unter Leitung des Kommandeurs Olaf Lentzen, den Leitern der Einrichtungen Hermann Fraatz (Johanniter Unfallhilfe) und Dennis Protz (DRK) haben wir uns mit weiteren Vertretern von Kommunen und Behörden nach dem neuesten Stand erkundigt, um uns ein möglichst realistisches Bild der aktuellen Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber, aber auch der Helfer, zu machen.



Im Gespräch mit Kreisbereitschaftsleiter Dennis Protz vom DRK

Die Hilfsorganisationen leisten großartige Arbeit, alle Abläufe sind auch dank der Bundeswehr hochprofessionell organisiert. Die Sicherheit im und um das Gelände ist gegenwärtig noch gewährleistet. Doch eine vor Ort stationierten Zug der Bereitschaftspolizei

werde es in absehbarer Zeit nicht geben. Dies wäre ein wichtiges Zeichen, da es in der Bevölkerung zunehmend Sorgen und Ängste bestehen, die ernst genommen werden müssen. Innenminister Pistorius habe ich erst kürzlich darauf aufmerksam gemacht, dass mit aufwachsenden Flüchtlingszahlen auch der Sicherheitsaspekt nicht vernachlässigt werden darf.

Klausurtagung in Visselhövede



v.l.s.: Dettlef Gieseke, Antje Reichenrog, Hermann Norden, Gudrun Pieper, Eckehard Vatter, Gerd Engel und Dr. Karl-Ludwig von Danwitz

Im Visselhöveder Seminarhotel Sonnentau haben wir mit der Mehrheitsgruppe im Kreistag bestehend aus CDU, Grünen und UWG den Haushaltsplanentwurf des Kreises für 2016 diskutiert.

Wir befassten uns intensiv mit den Finanzen, Mobilität und Nahverkehr, Schulentwicklungsplanung, Raumordnungsprogramm und Breitbandausbau. Das Motto lautete „Heidekreis 2016 – wir gestalten“.

Landesausschuss der CDU in Hannover



v.l.s.: Gudrun Pieper, MdL, Burkhard Balz, MdEP, Dr. Maria Flachsbarth, MdB und Staatssekretärin, David Mcallister, MdEP und Landesvorsitzender

Auf unserem Landesausschuss hat die CDU in Niedersachsen weitreichende

Beschlüsse im Rahmen der Grundsatzdebatte beschlossen. Wir stimmten über die Leittränge in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Soziales und Umweltpolitik ab und setzen damit die Akzente für die kommenden Jahre. Im Leittrang zu Gesundheit und Pflege erklären wir beispielsweise, dass zu den Grundlagen eines leistungsfähigen Gesundheitswesens in einer freien Gesellschaft die freie Arzt- und Krankenhauswahl, Transparenz und Therapiefreiheit ebenso wie die Unabhängigkeit der freien Gesundheitsberufe gehören. Dazu gehört auch eine leistungsgerechte Bezahlung und Wertschätzung der Gesundheitsberufe. Denn Qualität hat ihren Preis. Mit billiger Pflege ist keine Qualität zu erhalten. Wir streben eine nachhaltige Finanzierung der Pflege in allen Bereichen und der Pflegeausbildung an. Hierzu fordern wir einen ‘Tarifvertrag Soziales’ als ein wichtiges Instrument, das den Wettbewerb über Qualität und nicht über niedrige Personalkosten fördern soll.

Bezirksklausurtagung in Hanstedt



Wir stellten die Weichen für eine langfristige, nachhaltige Politik in unserem Bundesland.

Im Zentrum der intensiven Beratungen der zweitägigen Klausurtagung des Bezirksverbandes Nordostniedersachsen in Hanstedt stand selbstverständlich die Flüchtlingssituation. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, informierte uns bei einem hochinteressanten Vortrag über das Thema Innere Sicherheit. Ebenso wurden die ersten Vorbereitungen für die Kommunalwahl 2016 getroffen.